



Funded by the European Union's Justice Programme (2014-2020).

The content of this publication represents the views of the author only and is her sole responsibility. The European Commission does not accept any responsibility for use that may be made of the information it contains.

## Fallstudie

### Das Recht auf Dolmetschung und Übersetzung in Strafverfahren

*Ziel der Fallstudie ist es, den Teilnehmern Einblicke in die Praktiken in benachbarten Rechtsordnungen zu geben und die Richtlinie 2010/64 in die Praxis umzusetzen*

Herr Renard, ein französischer Staatsbürger, der vor kurzem nach Irland gezogen ist, wird in Irland wegen des Verdachts auf Drogenhandel und Geldwäsche festgenommen. Im Rahmen der Ermittlungen wird er auf die Polizeiwache von Dundalk gebracht, wo er festgenommen und befragt wird. Herr Renard verfügt nur über sehr begrenzte Englischkenntnisse, und der örtliche Akzent macht es ihm schwer zu verstehen, was vor sich geht. Herrn Renard werden ein Anwalt und ein Dolmetscher zur Seite gestellt.

Während der Befragung stellt der Anwalt fest, dass der Dolmetscher nach langwierigen Fragen nur wenige Worte mit seinem Mandanten spricht und sich keine Notizen zu den Fragen macht. Ebenso spricht der Dolmetscher während der privaten Beratung mit seinem Mandanten nur wenige Worte, wenn dieser lange Sätze ausspricht. Während einer Pause zwischen einer privaten Beratung und der Befragung wird der Dolmetscher im Pausenraum der Polizeiwache gesehen, der den Beamten vorbehalten ist.

Nach der zweiten Befragung wirft der Anwalt die Frage nach der Qualität der Verdolmetschung auf. Die zuständige Polizistin weigert sich, einen anderen Dolmetscher zur Verfügung zu stellen.

Bei einer der Vernehmungen wird der Verdächtige gebeten, sich zu Dokumenten in englischer Sprache zu äußern. Der Anwalt wendet ein, dass sein Mandant sich nicht zu dem Dokument äußern kann, da es auf Englisch verfasst ist. Der Polizist bittet den Dolmetscher, dem Verdächtigen das Dokument vorzulesen. Schließlich gibt der Verdächtige eine "no comment"-Befragung ab.

- Hätte Herr Renard nach Ihrer Rechtsprechung Anspruch auf einen Dolmetscher, wenn er seit fünf Jahren in den MS ansässig wäre und die Sprache gut beherrschte?



**Funded by the European Union's Justice Programme (2014-2020).**

The content of this publication represents the views of the author only and is her sole responsibility. The European Commission does not accept any responsibility for use that may be made of the information it contains.

- Hatte Herr Renard Anspruch darauf, dass die ihm bei der Anhörung auf Englisch vorgelegten Unterlagen ins Französische übersetzt werden?
- Beschreiben Sie, wie Sie in Ihrem eigenen Rechtssystem eine Entscheidung über die Ablehnung eines Dolmetscherwechsels anfechten können.

Später wird Herr Renard wegen Drogenhandels und Geldwäsche angeklagt. Er wird vor Gericht gestellt, wo sein Anwalt die Anwesenheit eines Dolmetschers bei jedem Gerichtstermin, bei Anhörungen und bei der Übersetzung von Dokumenten beantragt. Das Gericht bewilligt den Antrag auf Dolmetscher und Übersetzung.

Das Verfahren geht in die nächste Phase über, und Herr Renard wird zur Verhandlung vor das Bezirksgericht geschickt. Das Beweisbuch (alle von der Staatsanwaltschaft angeführten Beweise und die Anklageschrift) wird ihm in englischer Sprache zugestellt. Sein Anwalt besorgt eine französische Übersetzung. Der Verteidigung werden weitere schriftliche Beweismittel zugestellt, darunter Rechnungen und Kontoauszüge. Das Gericht lehnt eine französische Übersetzung dieser Dokumente ab, da es sie für nicht erforderlich hält.

Am ersten Verhandlungstag beantragt der Anwalt von Herrn Renard den Ausschluss des Vernehmungsprotokolls aus der Verhandlung mit der Begründung, dass die Verdolmetschung nicht angemessen sei. Der Antrag wird abgelehnt. Das Gericht ist der Ansicht, dass die Qualifikation des Dolmetschers hinreichend bewiesen ist, da er von einer Agentur entsandt wurde.

Später, als die Staatsanwaltschaft beginnt, sich auf Dokumente zu stützen, die nur in englischer Sprache verfügbar sind (die der Anwalt versucht hatte, ins Französische übersetzen zu lassen), beantragt der Anwalt von Herrn Renard, die Staatsanwaltschaft daran zu hindern, dies zu tun. Das Gericht ordnet an, dass der im Gerichtssaal anwesende Dolmetscher dem Angeklagten die Dokumente vorliest, und gewährt dem Anwalt eine kurze Zeit, um sie mit seinem Mandanten zu besprechen.

Herr Renard wird von den Geschworenen für schuldig befunden und verurteilt.

- Welche Argumente könnte der Anwalt vor Gericht vorbringen, um die Qualität und Unabhängigkeit des Dolmetschers anzufechten, der bei den Befragungen assistiert hat?



**Funded by the European Union's Justice Programme (2014-2020).**

The content of this publication represents the views of the author only and is her sole responsibility. The European Commission does not accept any responsibility for use that may be made of the information it contains.

- Kann der Anwalt einen Verstoß gegen das Recht auf ein faires Verfahren geltend machen, wenn die Dokumente einfach auf Englisch verlesen und nicht übersetzt werden?

Herr Renard legt gegen diese Entscheidung Berufung ein.

Der erste Rechtsmittelgrund ist, dass ihm in der Polizeiwache kein angemessener Dolmetscher zur Verfügung gestellt wurde und dass der Richter es versäumt hat, das Band der Vernehmung von einem unabhängigen Dolmetscher überprüfen zu lassen.

Ein zweiter Rechtsmittelgrund bezieht sich auf die Tatsache, dass das schriftliche Urteil Herrn Renard nicht in französischer Sprache zur Verfügung gestellt wurde.

Das Berufungsgericht gibt der Berufung in Bezug auf den ersten Grund statt, und ein unabhängiger Dolmetschersachverständiger überprüft das Tonband der Vernehmung. Es stellt sich heraus, dass die Verdolmetschung völlig unzureichend war. Die Dolmetscherin fasste die Fragen zusammen, wobei Details fehlten, und übersetzte die Verwarnung nicht. Das Berufungsgericht stellt fest, dass die Verdolmetschung unzureichend war, so dass die Aufzeichnung der Vernehmung hätte ausgeschlossen werden müssen. Eine Wiederaufnahme des Verfahrens wird angeordnet.

- Würde das Gericht in Ihrem Land den Vermerk über die Befragung ausschließen, wenn es feststellt, dass die Verdolmetschung nicht den Mindestanforderungen entspricht?

- Kommentar zum schriftlichen Urteil, das nicht in französischer Sprache vorliegt. Würde es in Ihrem eigenen Rechtssystem vorgelegt werden?

Bei der Wiederaufnahme des Verfahrens wird Herr Renard für nicht schuldig befunden. Nach seinem Freispruch beschließt Herr Renard, zurück nach Frankreich zu ziehen. Wenige Jahre später wird er wegen verschiedener Steuervergehen verhaftet. Die Staatsanwaltschaft wirft Herrn Renard vor, dass er Einkünfte aus dem Verkauf von selbst hergestelltem Apfelwein nicht angegeben und die entsprechenden Steuern nicht gezahlt hat. Herr Renard verteidigt sich damit, dass die Apfelweinherstellung ein Hobby sei und die Flaschen Geschenke an seine Freunde gewesen seien. Er beabsichtigt, seine Freunde als Zeugen in seinem Prozess zu benennen. Frau Bonemine äußert den Wunsch, in Bretonisch, einer lokalen französischen Sprache, mit Hilfe eines Dolmetschers auszusagen. Das Gericht lehnt



**Funded by the European Union's Justice Programme (2014-2020).**

The content of this publication represents the views of the author only and is her sole responsibility. The European Commission does not accept any responsibility for use that may be made of the information it contains.

dies mit der Begründung ab, dass Französisch die einzige Amtssprache des Gerichts ist.

- Ist Frau Bonemine berechtigt, in einer Sprache einer ethnischen Minderheit auszusagen?

Nach hitzigen Debatten wird Herr Renard freigesprochen. Um seinen Erfolg vor Gericht zu feiern, beschließt Herr Renard, seinen Cousin, Herrn Senna, zu besuchen, der kürzlich nach Litauen gezogen ist. Herr Senna erfährt von seinen Erfahrungen mit dem Strafsystem und bittet ihn um Ratschläge für seinen eigenen Fall.

Vor einigen Monaten wurde Herrn Senna ein Strafbefehl des Amtsgerichts zugestellt, in dem eine Geldstrafe für ein geringfügiges Verkehrsdelikt verhängt wurde. Dem Strafbefehl war eine Belehrung in französischer Sprache beigefügt, in der das Einspruchsverfahren erläutert wurde. Herr Senna hatte die Möglichkeit, schriftlich oder durch mündliche Erklärung bei der Geschäftsstelle Einspruch einzulegen.

Herr Senna war sich über den Inhalt des Bußgeldbescheids nicht im Klaren und beauftragte einen Anwalt, in seinem Namen zu handeln. Der Einspruch wurde fristgerecht eingelegt. Der Anwalt von Herrn Senna machte geltend, dass der Bußgeldbescheid seinem Mandanten in französischer Sprache hätte zugestellt werden müssen. Die Staatsanwaltschaft lehnte dies ab, da es sich nur um ein geringfügiges Vergehen handele und daher vom Anwendungsbereich des Rechts ausgeschlossen sei.

- In welcher Sprache hätte Herr Senna seinen Einspruch einlegen können?

- Hat Herr Senna Anspruch auf eine französische Übersetzung des Bußgeldbescheids?